

KMU-Territorium und internationale Drehscheibe

Die Schweiz sucht ihr Verhältnis zu Europa

Erstes Credit Suisse Europa Barometer in Zusammenarbeit mit dem Europa Forum Luzern

November 2017

Im Auftrag von:



Forschungsinstitut:



Inhaltsverzeichnis

1	MANAGEMENT SUMMARY	3
2	ERGEBNISSE EUROPA BAROMETER	4
2.1	Mandat und Datenbasis	4
2.2	Werte und Befindlichkeiten: Wofür steht die Schweiz?	5
2.3	Entwicklung im Inneren	8
2.4	Beziehung zu Europa und der Welt	10
3	FAZIT	16
4	ANHANG	18
4.1	gfs.bern-Team	18

Bern, 14. November 2017
Copyright by gfs.bern
Sonderpublikation zum Credit Suisse Sorgenbarometer 2017
in Zusammenarbeit mit dem Europa Forum Luzern

1 Management Summary

Datenbasis Im Rahmen einer Kollaboration der Credit Suisse mit dem Europa Forum Luzern erscheint zum ersten Mal diese Sonderpublikation mit dem Schwerpunkt Europa. Die Ergebnisse des vorliegenden Europa Barometers basieren auf den Daten des Sorgenbarometers 2017, das seit 1976 im Auftrag der Credit Suisse erhoben wird. Für das Sorgenbarometer wurden 1'000 repräsentativ ausgewählte Personen in der ganzen Schweiz befragt.

Identität über Institutionen Wie die Schweiz von aussen wahrgenommen wird und wie die Stimmberechtigten ihr Land selbst wahrnehmen, unterscheidet sich stark. Während die Aussenwahrnehmung durch Folklore geprägt ist (Schokolade, Kühe, Berge), zeichnet sich die Innenwahrnehmung durch einen Fokus auf politische und systemische Institutionen aus (Sicherheit, Neutralität, Bildungssystem). Mit dem Wohlstand und der Industrie spielen aber auch wirtschaftliche Faktoren eine wichtige, wenn auch zweitrangige Rolle.

abnehmende lokale Verankerung An der schweizerischen Politik ist man auf die Bundesverfassung und die Unabhängigkeit besonders stolz. In den letzten Jahren rückte dagegen die Institution des Föderalismus etwas in den Hintergrund. Ganz allgemein ist zu beobachten, dass neue Faktoren das Zugehörigkeitsgefühl konstituieren. War früher die Wohngemeinde ein zentraler Identitätsanker, ist das heute weit weniger der Fall. Stattdessen gewinnt die nationale Orientierung an Wichtigkeit. Für das politische und gesellschaftliche System der Schweiz, das stark auf dem Prinzip der Subsidiarität beruht, ist diese Entwicklung nicht unproblematisch. In Wirtschaftsfragen betonen die Stimmberechtigten die starke internationale Stellung der Schweiz. Man ist explizit stolz auf die zahlreichen internationalen Firmen mit Sitz in der Schweiz. Dasselbe gilt für die Forschung und den internationalen Qualitätsruf. KMU kommt ebenfalls eine zentrale Stellung in der Wertschätzung der Stimmberechtigten zu. Wie die Neutralität gehören sie zu jenen Komponenten der Schweizer Identität, die von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger als besonders wichtig empfunden werden.

innerer Druck auf die Identität steigt In der Wahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer gibt es sowohl "äussere" als auch "innere" Faktoren, welche die Identität der Schweiz gefährden. Zu ersteren gehören Probleme mit der EU, die Einwanderung oder die internationale Öffnung. Zur zweiten Kategorie die Polarisierung und der Reformstau. Der Druck von innen auf die Identität ist leicht geringer, nimmt aber im grösseren Ausmass zu als der Druck von aussen.

pragmatischer Umgang mit der EU Während die Zugehörigkeit zur Schweiz als Nation so hoch ist wie noch nie, fehlt den Stimmberechtigten eine europäische Identität. Die Verbindung mit Europa und der EU ist nicht emotionaler, sondern pragmatisch-ökonomischer Natur. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) kann als Plebiszit für die Unabhängigkeit interpretiert werden, die bilateralen Verträge wollen die Stimmbürgerinnen und -bürger aber dennoch nicht gefährdet sehen. Gerade auch in Zeiten, in denen diese stark unter Druck standen, wie während der Debatte um die Umsetzung der MEI, stellten sich die Schweizerinnen und Schweizer klar hinter das Vertragswerk. Die Personenfreizügigkeit ist mit den bilateralen Verträgen untrennbar verbunden. Gerade in diesem Bereich äussert sich die Schweiz aber skeptischer. Eine klare Mehrheit befürwortet die Kontrolle der Zuwanderung über Kontingente. Der offene Zugang zu ausländischen Märkten wird allerdings mit ebenso grosser Mehrheit als wichtiges politisches Ziel gesehen. Den Schweizerinnen und Schweizern fällt die Einordnung ihres Verhältnisses zum Ausland schwer. Ein Grund dafür ist, dass das Meinungsbild der Stimmberechtigten in der Frage der Auswirkung einer eingeschränkten Personenfreizügigkeit auf Wirtschaft und Gesellschaft nicht abschliessend gefestigt ist.

Für die Stimmberechtigten ist die Schweiz demnach sowohl KMU-Territorium als auch internationale Drehscheibe.

2 Ergebnisse Europa Barometer

2.1 Mandat und Datenbasis

Als Beitrag zum **Europa Forum Luzern 2017** erscheint im Auftrag der Credit Suisse die vorliegende **Sonderpublikation mit dem Schwerpunkt Europa**. Die Auswertungen des Europa Barometers basieren auf den Daten des Sorgenbarometers 2017. Das Credit Suisse Sorgenbarometer ist eine jährlich angelegte Studie zur Erfassung und Beobachtung der Meinung von Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. In seiner ursprünglichen Form existiert das Sorgenbarometer bereits seit 41 Jahren und wird seit 1995 durch gfs.bern erhoben. Das Ziel des Europa Barometers ist es, Erkenntnisse über die Schweiz und ihr Verhältnis zur Welt aus Sicht der Stimmberechtigten zu gewinnen.

Datenbasis Die Datenbasis des Sorgenbarometers ist eine Befragung der Stimmberechtigten in der ganzen Schweiz. Die Daten wurden mittels persönlicher Interviews (sogenannter Face-to-Face-Interviews) zwischen dem 26. Juni und dem 15. Juli 2017 erhoben. Insgesamt wurden 1'000 repräsentativ ausgewählte Personen befragt. Über die genauen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht.

Table 1

Datenbasis Europa Barometer

Auftraggeber	Credit Suisse und Europa Forum Luzern
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Politisches Gemeindeverzeichnis der Schweiz
Datenerhebung	Face-to-Face
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Befragten Sprachregion
Befragungszeitraum Mean-Day	26. Juni bis 15. Juli 2017 6. Juli 2017
Stichprobengrösse	minimal 1'000, effektiv 1'000 n DCH: 700, n FCH: 250, n ICH: 50
Stichprobenfehler	±3.2 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Quotenmerkmale	Geschlecht/Alter interlocked
Befragungsdauer Mittelwert Standardabweichung	67 Minuten 6.1 Minuten
Publikation	November 2017

© gfs.bern, Sorgenbarometer 2017

2.2 Werte und Befindlichkeiten: Wofür steht die Schweiz?

Fremd- vs. Eigenwahrnehmung

Was die Welt mit der Schweiz verbindet, ist bekannt: Klischees wie Käse, Schokolade und Kühe werden häufig als Erstes genannt, wenn es darum geht, die Schweiz mit wenigen Schlagworten zu beschreiben.¹ Der hohe Lebensstandard und Wohlstand gehören in den Augen anderer ebenfalls fix zum Steckbrief der Schweiz. Das zeigt auch ein Ranking der Website "House of Switzerland" von Präsenz Schweiz.² Das Klischee, dass alle Schweizerinnen und Schweizer reich sind, wird am vierthäufigsten genannt. Wie so oft stimmt nun aber die Selbstwahrnehmung mit der Aussenwahrnehmung, auch im Fall der Schweiz als Nation, nur bedingt überein.

Werden nämlich die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz dazu befragt, wofür die Schweiz in ihren Augen primär steht, bleibt die Folklore grösstenteils aussen vor. Stattdessen stehen systemische und politische Institutionen im Vordergrund (vgl. Grafik 1). Die Schweiz ist eine Willensnation. Nicht die gemeinsame Sprache oder kulturelle Tradition verbinden, sondern die Einigkeit respektive der Wille, zusammenzugehören. Dazu ist ein gemeinsames Verständnis von Demokratie und Institutionen zwingend, was offensichtlich in der Wahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer auch stark verankert ist.

Faktor Bildungssystem

Die Schweiz steht in den Augen der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle für ein hohes Bildungsniveau und ein gutes Schulsystem. Das duale Bildungssystem der Schweiz ist dabei sowohl eine politische als auch eine wirtschaftliche Institution: Kleine und mittlere Unternehmen werden häufig als Rückgrat der Schweizer Wirtschaft verstanden: 99 Prozent der Unternehmen in der Schweiz sind KMU und der Anteil dort Beschäftigter liegt bei knapp 70 Prozent.³ Ihre starke Verankerung und ihr Erfolg stehen auch im Zusammenhang mit dem dualen Bildungssystem. Die hohe Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungswegen gestaltet das Angebot an Arbeitskräften flexibel und erleichtert dessen Anpassung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Dass es nicht nur ein Muster für eine erfolgreiche Biografie gibt, sondern viele verschiedene, wirkt ausserdem als ausgleichender Mechanismus zwischen Schichten und trägt so zur sozialen Einheit des Landes bei.

politische Institutionen als gemeinsamen Nenner

Nach dem Bildungssystem bringen die befragten Bürgerinnen und Bürger die Schweiz insbesondere mit politischen Institutionen in Verbindung. Die grosse Sicherheit und der Friede werden genannt, und – direkt damit zusammenhängend – die Neutralität. Die Schweiz steht in den Augen der Stimmberechtigten auch für humanitäre Hilfe sowie für Freiheit und Meinungsfreiheit. Gerade diese letzten beiden Nennungen können dabei unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden. Jüngere politische Entwicklungen, wie beispielsweise jene in Osteuropa oder der Türkei, zeigen, dass Freiheit und Meinungsfreiheit nicht einfach so gegeben sind, und beleuchten die erfreuliche Situation in der Schweiz diesbezüglich umso stärker. Nennungen zum Stichwort "Freiheit" sind aber auch vor dem Hintergrund der Beziehungen der Schweiz zur Welt und insbesondere auch zu Europa zu sehen. Schweizerinnen und Schweizer legen immer viel Wert auf Unabhängigkeit, weshalb auch Bestrebungen wie der automatische Nachvollzug von EU-Recht traditionell einen schweren Stand haben.

Industrie und Wohlstand

Unter den Top-10 der Dinge, für die die Schweiz steht, finden sich aber auch zwei Nennungen, die explizit in die Kategorie Wirtschaft fallen. Die Schweiz steht in den Augen der Bürgerinnen und Bürger für Industrie und für Wohlstand, Geld

¹ Arend, Michal/Lamprecht, Markus/Stamm Hanspeter (1999): Die Wahrnehmung der Schweiz durch das Ausland. Durchgeführt im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes Nr. 42 "Grundlagen und Möglichkeiten der schweizerischen Aussenpolitik".

² vgl. <http://houseofswitzerland.org/de/node/789>

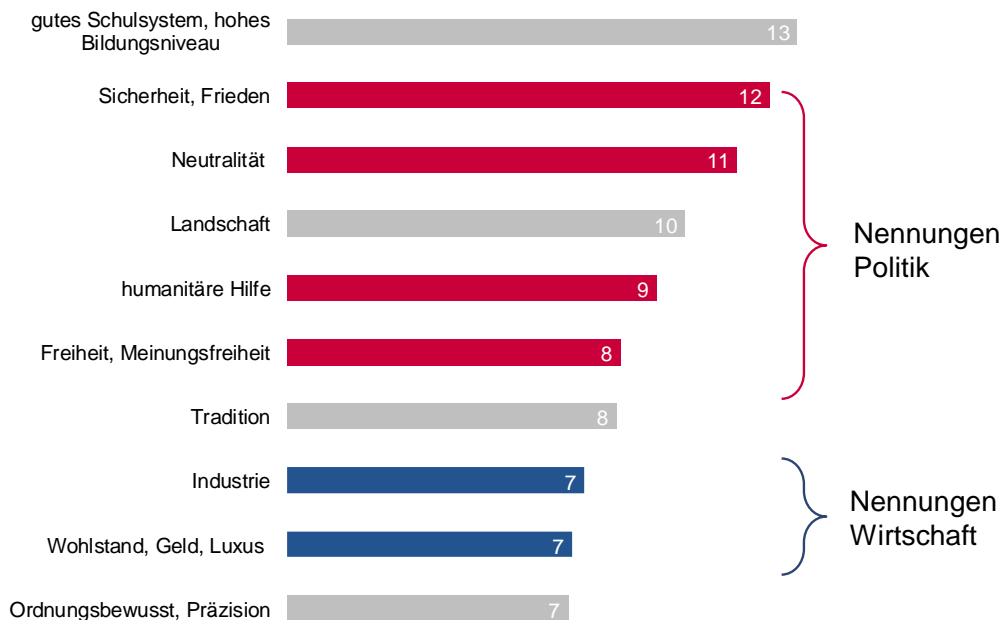
³ <https://www.kmu.admin.ch/kmu/de/home/kmu-politik/kmu-politik-zahlen-und-fakten/kmu-in-zahlen/firmen-und-beschaeftigte.html>

und Luxus. In diesem letzten Punkt stimmt die Selbst- mit der Fremdwahrnehmung der Schweiz als Nation also überein.

Grafik 1

Drei Dinge, wofür die Schweiz steht: Top 10

"Sagen Sie mir bitte drei Dinge, wofür die Schweiz für Sie persönlich steht."
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Die Einteilung in Wirtschaftsfaktoren und politische Faktoren eignet sich auch zur Systematisierung von Dingen, auf die man in der Schweiz besonders stolz ist.

stolz auf Unabhängigkeit

In politischen Fragen ist das an erster Stelle die Bundesverfassung. Mit 95 Prozent der Befragten geben heute so viele wie noch nie seit Messbeginn an, sehr oder ziemlich stolz auf dieses grundlegendste Werk der Schweizer Gesetzgebung zu sein. In Übereinstimmung mit der Betonung der Freiheit und Meinungsfreiheit in der Selbstwahrnehmung der Schweiz äussert man sich auch zu einem sehr grossen Anteil stolz über die eigene Unabhängigkeit. Nachdem dieser Wert zwischen 2004 und 2011 mehr oder minder kontinuierlich angestiegen ist, verläuft der Trend seither weniger klar und steht sicherlich auch im Zusammenhang mit den jeweiligen politischen Geschehnissen. Die Masseneinwanderungsinitiative wurde von der Befürworterschaft als Plebiszit über die Unabhängigkeit – insbesondere auch gegenüber der EU – verstanden. 2014, im Jahre der Annahme der Initiative, erreichte der Anteil Personen, der sehr oder ziemlich stolz auf die Unabhängigkeit der Schweiz ist, denn auch den Höchstwert. Heute fällt er hingegen wieder deutlich tiefer aus.

Zu den fünf Dingen, auf die man an der schweizerischen Politik am stolzesten ist, gehören auch das Zusammenleben, die Neutralität und der Föderalismus. Bei allen drei Faktoren liess der Stolz in den letzten Jahren gesamthaft gesehen aber eher etwas nach.

Die Daten des Sorgenbarometers zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst eine zunehmende Polarisierung der Politik spüren (vgl. auch Grafik 4). Dass man sich als weniger stolz auf das Zusammenleben äussert als auch schon, steht vermutlich auch im Zusammenhang mit dieser Entwicklung. Beim Föderalismus fällt die Entwicklung weniger eindeutig aus. Allerdings passt sie inhaltlich gut zum Befund, dass immer mehr Leute stolz auf die Bundesverfassung sind: Die nationale Ebene gewinnt an Bedeutung, während hingegen Föderalismus weniger wichtig wird (vgl. auch Grafik 5).

Neutralität weniger genannt, bewegt aber stark

Nachdem die Neutralität lange Jahre einer derjenigen Aspekte der Schweizer Politik war, auf die man am stolzesten war, brachen die Werte in den letzten drei Jahren deutlich ein. Allerdings lohnt sich hier eine etwas vorsichtigere Betrachtungsweise: Würde man nämlich nur den Anteil Personen betrachten, die sich als sehr stolz über die Neutralität äussern (statt sehr/ziemlich stolz kombiniert), schwingt die Neutralität weiterhin, und in zunehmendem Ausmass, als Aspekt, auf den man am stolzesten ist, oben aus. Die Neutralität löst also immer noch sehr starke Gefühle aus, aber nur bei einer eher kleinen Gruppe der Befragten.

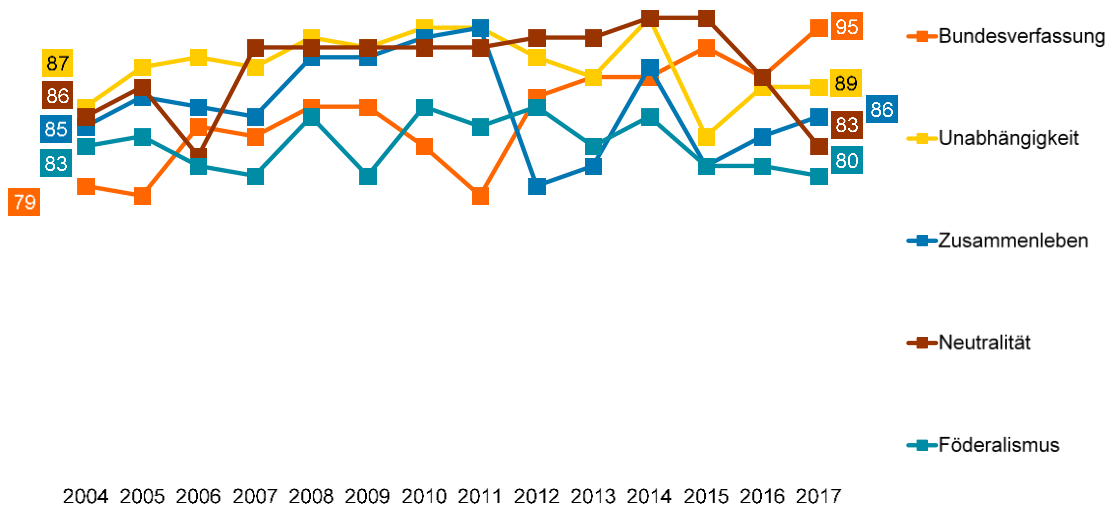
Grafik 2

Trend Stolz auf Dinge der schweizerischen Politik (Top 5)

"Gibt es bestimmte Dinge, auf die Sie an der schweizerischen Politik besonders stolz sind? Sagen Sie mir, ob Sie sehr stolz, ziemlich, eher nicht oder überhaupt nicht stolz sind."

sehr und ziemlich stolz

in % Stimmberechtigter, Anteil sehr/ziemlich stolz



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

internationaler Fokus bei Wirtschaftsfragen

In politischen Fragen liegt der Fokus der Schweizerinnen und Schweizer eindeutig auf "inneren Werten". Die Beziehung zum Ausland spielt nur implizit über Äusserungen zur Unabhängigkeit eine Rolle. Bei Themen der Wirtschaft hingegen ist es genau umgekehrt.

Die Top-5 der Dinge, auf die man an der schweizerischen Wirtschaft sehr oder ziemlich stolz ist, beinhalten fast alle einen internationalen Aspekt. So ist man beispielsweise heute ganz besonders stolz auf internationale Firmen respektive Konzerne mit Sitz in der Schweiz. Der Anstieg an Stimmberechtigten, die sich hier als stolz äussern, ist insbesondere im Vergleich zum letzten Jahr markant.

Das ist insofern auch ein spannender Befund, als das Volk die Unternehmenssteuerreform III (USR III) im Februar dieses Jahres klar abgelehnt hat. Das könnte auch als Referendum über die (zu) starke Stellung internationaler Unternehmen in der Schweiz verstanden werden. Die Voto Nachabstimmungsbefragung des Zentrums für Demokratie in Aarau zeigte aber damals, dass zahlreiche Stimmberechtigte ein Nein in die Urne legten, weil sie mit dem Inhalt der Vorlage überfordert waren. Gemäss Voto gab es in den letzten 18 Jahren keine Abstimmungsvorlage, die für das Stimmvolk schwieriger zu verstehen war, als die USR III.⁴ In solchen Situationen tendieren viele dazu, für den Erhalt des Status quo, also des aktuellen Zustandes, zu stimmen. Im Gegensatz zur Ablehnung der Abzockerinitiative 2013 war es bei der USR III also weniger die Wut auf die Freiheiten der Grosskonzerne, die als Motiv für ein Nein der Stimmberechtigten diente. 2013 war übrigens auch das Jahr, in dem der Anteil Stimmberechtigter, der sich als stolz auf die internationalen Firmen in der Schweiz äusserte, mit am geringsten

⁴ <https://bazonline.ch/schweiz/standard/im-zweifel-lieber-ein-nein/story/15997970>

Parallelen zwischen Wahrnehmung KMU und Neutralität

seit Messbeginn ausfiel. Das gilt insbesondere auch für den Anteil Personen, die sich als sehr stolz bezeichneten.

Ebenfalls zur Top-5 der Dinge, auf die man besonders stolz ist, zählen die Forschung, die starken Schweizer Marken im Ausland, der internationale Qualitätsruf und die erfolgreichen KMU. Heute sind viele KMU am internationalen Markt tätig und weit über die Schweizer Grenzen hinaus vernetzt. Dennoch bleiben KMU für viele Schweizerinnen und Schweizer ein Sinnbild der Schweizer Volkswirtschaft. Wie alle anderen genannten Aspekte der Wirtschaft (ausser den internationalen Konzernen), mussten jedoch auch die KMU einen Einbruch im Anteil der Personen hinnehmen, die sich als sehr oder ziemlich stolz äusserten. Mit 82 Prozent ist das aber noch immer eine klare Mehrheit. Auch hier lohnt sich zudem die separate Erwähnung des Anteils Stimmberechtigter, die sich als sehr stolz äusserten. Mit 53 Prozent ist das eine Mehrheit der Befragten. Würde man die Rangfolge der Wirtschaftsaspekte unten erneut errechnen, und dabei nur den Anteil berücksichtigen, der sich als sehr stolz bezeichnet, so nähmen die KMU mit Abstand den ersten Rang ein.

In diesem Sinne gibt es klare Parallelen zwischen der Wahrnehmung der KMU in der Wirtschaft und der Neutralität bei den politischen Aspekten – beides urschweizerische Institutionen.

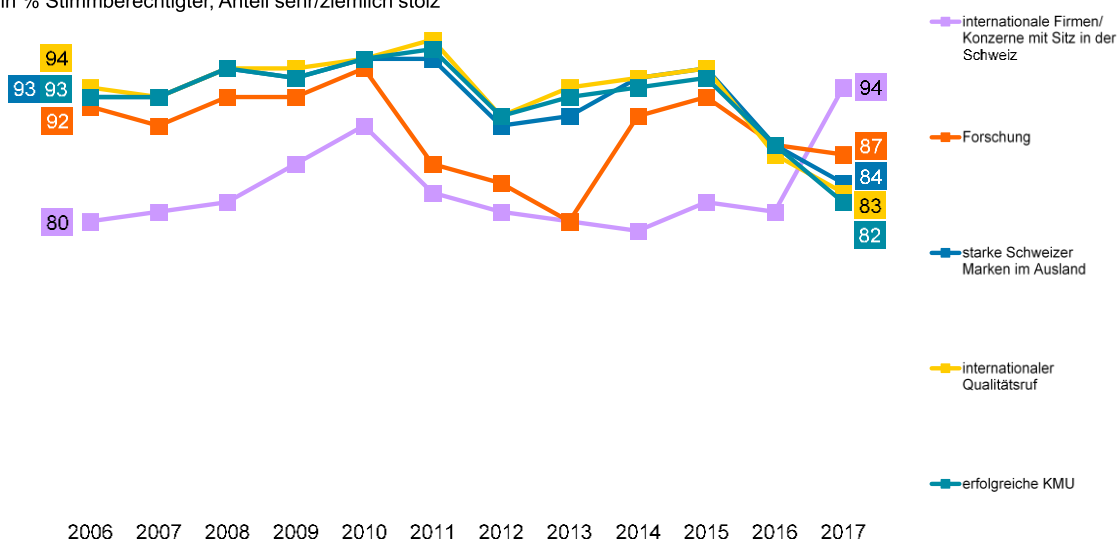
Grafik 3

Trend Stolz auf Dinge der schweizerischen Wirtschaft (Top 5)

"Gibt es bestimmte Dinge, auf die Sie an der schweizerischen Wirtschaft besonders stolz sind? Sagen Sie mir anhand dieser Liste jeweils, ob Sie sehr stolz, ziemlich stolz, eher nicht stolz oder überhaupt nicht stolz sind."

sehr und ziemlich stolz

in % Stimmberechtigter, Anteil sehr/ziemlich stolz



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

2.3 Entwicklung im Inneren

Druck von aussen als Gefahr für Identität

Die schweizerische Identität ist stark durch Aspekte wie Sicherheit, Freiheit und Neutralität geprägt. Passend zu dieser Wahrnehmung spielen Faktoren, die unter dem Schlagwort "Druck von aussen" zusammengefasst werden können, eine besondere Rolle, wenn es darum geht zu identifizieren, was diese Identität besonders gefährdet. 78 Prozent der Befragten empfinden Probleme mit der EU (Regelung bilateraler Verträge, automatischer Rechtsvollzug, Personenfreizügigkeit) als Gefahr für die nationale Identität. Die Einwanderung wird von 77 Prozent genannt, die Internationale Öffnung von 68 Prozent. Bei Problemen mit der EU und der Internationalen Öffnung nahm der Anteil Bürgerinnen und Bürger, die hier eine Gefahr sahen, im Vergleich zum letzten Jahr zu. Bei der Einwanderung war

das nicht der Fall, was auch mit der sinkenden Nettoeinwanderung zu tun haben dürfte.

starke Zunahme innere Gefahren

Es fällt nun aber auf, dass insbesondere zwei Aspekte in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten als Gefahr für die schweizerische Identität an Wichtigkeit gewonnen haben: die Polarisierung und der Reformstau. Die Zunahme des Problemdrucks ist bei keinem anderen aufgeführten Aspekt seit 2010 stärker – und bei beiden handelt es sich um innenpolitische Faktoren. Der Druck von innen auf die Identität ist also nicht grösser als der Druck von aussen, er nimmt aber im grösseren Ausmass zu.

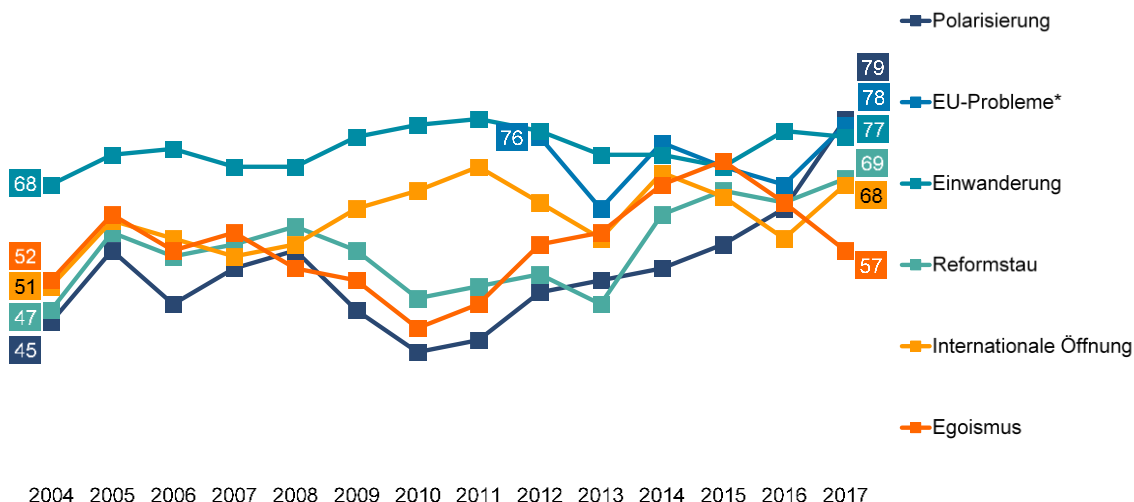
Die im September dieses Jahres durchgeführte Abstimmung über die Reform der Altersvorsorge ist ein gutes Beispiel dafür, dass die beiden Faktoren auch direkt zusammenhängen. In Zeiten der Polarisierung ist es schwieriger politische Reformen umzusetzen, weil diese oftmals nur durch Kompromisse zustande kommen. Die AHV-Abstimmung hat dabei gleich doppelt polarisiert: Über die Parteien und über die Generationen.

Grafik 4

Trend Argumente zur Gefährdung der Schweizer Identität

"Man hört verschiedene Argumente, wieso die Schweizer Identität gefährdet werden könnte. Sagen Sie mir, ob Sie durch folgende möglichen Ursachen die Schweizer Identität sehr gefährdet, eher, eher nicht oder überhaupt nicht gefährdet sehen." (sehr und eher gefährdet)

in % Stimmberechtigter, sehr und eher gefährdet



*2012 neu befragt

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

schwindende lokale Zugehörigkeit

Während man auf die Bundesverfassung besonders stolz ist, ist das bei der Institution Föderalismus weniger als auch schon der Fall. Das mag auch damit zusammenhängen, dass sich das Zugehörigkeitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der geografischen Einheit in den letzten zehn Jahren klar verändert hat. 2007 war es noch die Wohngemeinde, der sich die meisten Stimmberechtigten zugehörig fühlten. Insbesondere seit 2011 nimmt dieser Anteil aber rasant ab. Heute geben nur noch ungefähr halb so viele Personen die Wohngemeinde als Ort an, dem sie sich in erster oder zweiter Linie zugehörig fühlen (25% verglichen mit ca. 50% vor 2011). In derselben Zeit hat stattdessen die Sprachregion an Wichtigkeit gewonnen.

Eine Zugehörigkeit zu supranationalen Einheiten wie Europa oder der Welt wird nur von klaren Minderheiten empfunden. Europa fühlt man sich dabei noch eher zugehörig als der Welt, die beiden Trendlinien verlaufen zudem parallel.

Ebenfalls in Grafik 5 (Seite 10) sind sämtliche europapolitischen Abstimmungen auf nationaler Ebene seit 2004 sowie (mit einem Stern* bei den Jahreszahlen markiert) die Jahre, in denen das eidgenössische Parlament neu gewählt wurde, vermerkt. Dabei wird ersichtlich, dass in Jahren mit europapolitischen Abstim-

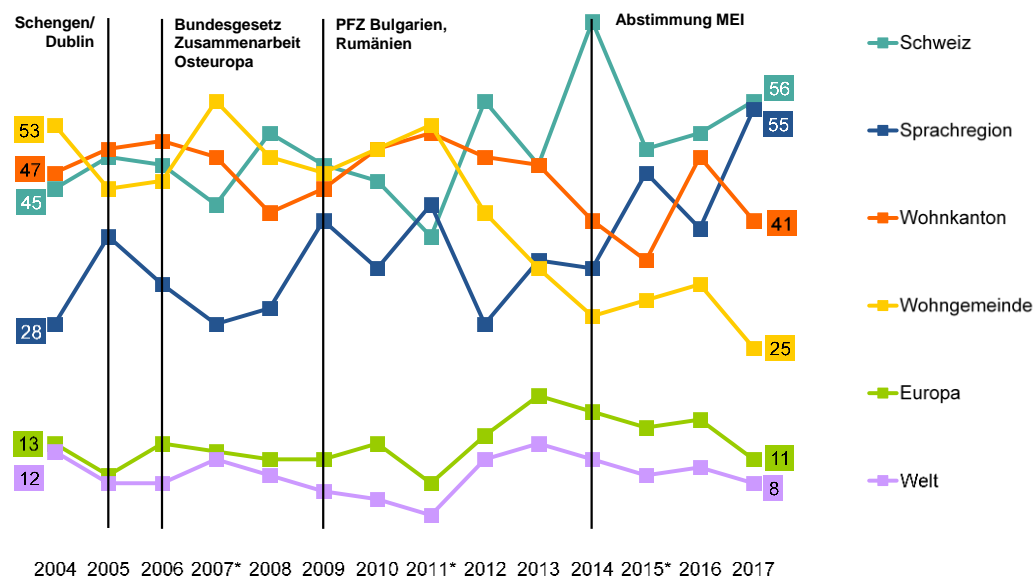
mungen keine systematischen Ausreisser in der Zugehörigkeit zu Europa zu verzeichnen sind – weder im negativen noch im positiven Sinne. Ins Auge sticht jedoch der klare Anstieg im Zugehörigkeitsgefühl zur Schweiz im Jahr der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative.

Grafik 5

Trend Zugehörigkeit geografische Einheit

"Welcher dieser geografischen Einheiten auf dieser Liste fühlen Sie sich in erster Linie und in zweiter Linie zugehörig?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000), *Wahljahre eidg. Parlament

Die Polarisierung nimmt also zu, die Logik der lokalen Wurzeln bricht weg. Stattdessen ergibt sich mehr und mehr eine nationale Orientierung an der Schweiz als Ganzem. Eine europäische Identität fehlt dagegen. Weniger als jeder Fünfte fühlt sich in erster oder zweiter Linie Europa zugehörig. Für das politische System der Schweiz ist die Entwicklung hin zu einer nationalen Identität insofern nicht unproblematisch, als seine gesamte Funktionsweise stark auf einer lokalen Logik basiert: Man engagiert sich im Verein, in der Wohngemeinde oder im Gemeinderat und orientiert sich auf dieser Basis erst in einem nächsten Schritt an der nächst höher gelegenen föderalen Ebene (Subsidiaritätsprinzip). So ist das von den Strukturen her vorgesehen. Es wird argumentiert, dass ein freiwilliges Engagement in solchen kleinräumigen Strukturen quasi als Schule in der (direkten) Demokratie fungiert und so für das Funktionieren der Demokratie insgesamt essenziell ist.⁵ Dieses System gerät mit einer zunehmenden Orientierung an nationalen Strukturen möglicherweise unter Druck.

2.4 Beziehung zu Europa und der Welt

Das Verhältnis der Schweiz zu Europa ist gespalten. In den Augen einer Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer ist die EU in der einen oder anderen Form eine Gefahr für die nationale Identität. Ausserdem gehören Unabhängigkeit und Freiheit zu den Dingen, auf die man besonders stolz ist respektive die man im besonderen Ausmass mit der Schweiz verbindet. Das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa ist, auch in zweiter Priorität, nur bei einer kleinen Minderheit vorhanden. Die Brille, durch die über die Landesgrenze hinaus ins umliegende Europa

⁵ Edward C. Banfield, Laura F. Banfield (1958): The Moral Basis of a Backward Society. The Free Press, Glencoe.

geschaut wird, ist primär eine ökonomische: Der Stolz der Bürgerinnen und Bürger in Wirtschaftsfragen ist klar durch die Rolle der Schweiz im internationalen Kontext geprägt.

bilaterale Verträge als Königsweg

Heute ist der bilaterale Weg in den Augen der Stimmberechtigten nach wie vor der Königsweg für die Regelung der Beziehungen zur EU. Über die vier Befragungsjahre waren die bilateralen Verträge gesamthaft gesehen immer die präferierte und einzige mehrheitsfähige Lösung. Der Beitritt zum EWR gewinnt allerdings stetig etwas mehr an Zustimmung und wird dieses Jahr erstmals von einer knappen Mehrheit von 51 Prozent in erster oder zweiter Priorität als mögliche Lösung gutgeheissen. Die Kündigung der bilateralen Verträge oder der EU-Beitritt kommen hingegen nur für eine klare Minderheit (weniger als ein Drittel) infrage.

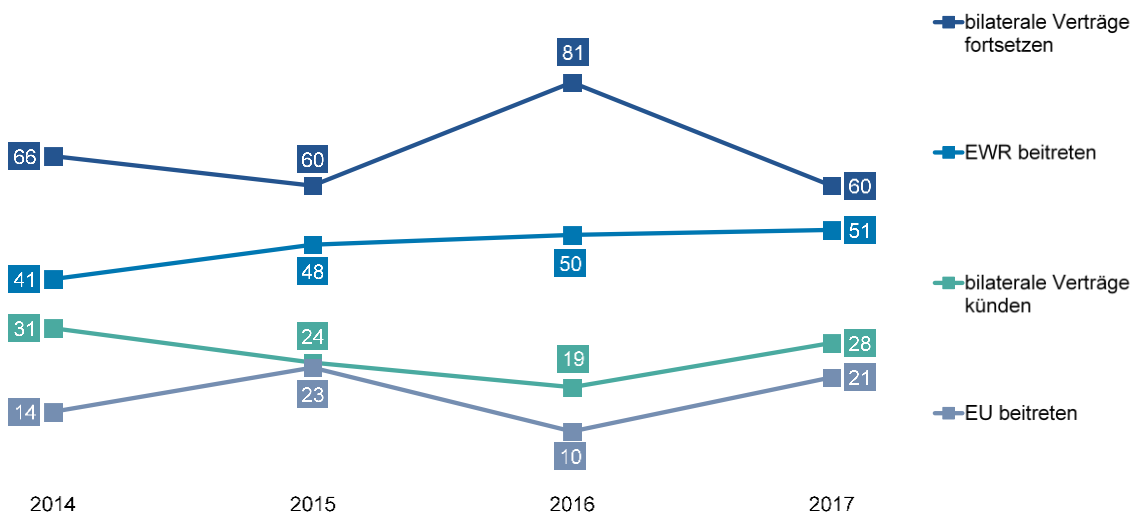
Im Jahr 2016 fällt auf, dass der Anteil Personen, der sich hinter die bilateralen Verträge stellte, mit 81 Prozent um rund 20 Prozentpunkte höher war als in den restlichen Befragungsjahren. Die Debatte um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative war damals auf dem Höhepunkt, und die nationale Berichtserstattung dazu entsprechend intensiv. Trotz der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative und der klaren Betonung von Freiheit und Unabhängigkeit stellten sich die Schweizerinnen und Schweizer also just in diesem Jahr, als die bilateralen Verträge besonders unter Druck waren, hinter deren Fortsetzung.

Grafik 6

Trend Künftiges Verhältnis Schweiz – EU

"Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen? Soll die Schweiz die bilateralen Verträge künden, soll sie sie fortsetzen, soll sie dem EWR beitreten oder soll sie Mitglied der EU werden? Was hat für Sie erste Priorität, und was zweite?"

in % Stimmberechtigter (1. und 2. Priorität addiert)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

Pragmatismus als Leitlinie im Umgang mit der EU

Grafik 7 zeigt die wichtigsten politischen Ziele geordnet nach dem Anteil Stimmberechtigter, der das jeweilige Ziel als sehr oder eher wichtig bezeichnet. Als wichtigstes politisches Ziel wird die Bildungsförderung wahrgenommen, gefolgt von der Gewährleistung eines offenen Zugangs zu ausländischen Märkten. Auf Platz drei spricht sich die Stimmbevölkerung für die Reduktion von Treibhausgasemissionen aus.

Trotz des klaren Mandates der Stimmberechtigten, die bilateralen Beziehungen fortzusetzen, ist dieses politische Ziel keine Top-Priorität beim Volk, sondern folgt auf Platz fünf. 79 Prozent sprechen sich dafür aus – genau gleich viele wie jene, die sich auch die Kontrolle der Zuwanderung mittels Kontingente wünschen. Die Integration, die eher den politisch-kulturellen Aspekt der Beziehung zum Ausland betont, nimmt hingegen den letzten Rang ein. Die Beziehung der Schweiz zum

Ausland und insbesondere zur EU scheint also eindeutig eher pragmatisch-ökonomischer Natur und nicht eine Frage der Zugehörigkeit und Identität zu sein.

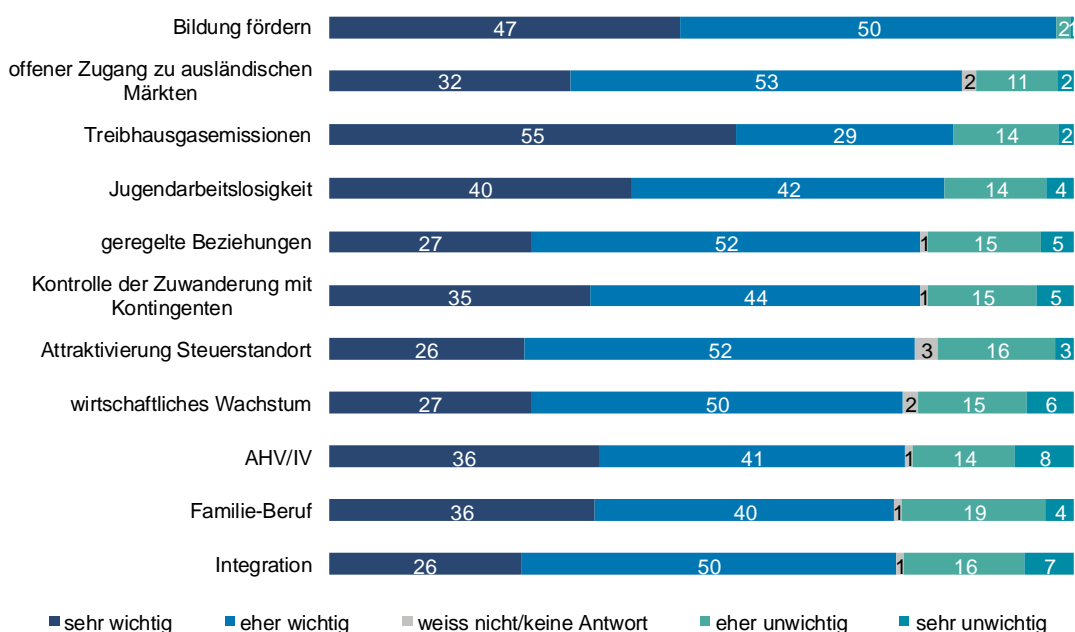
Die Sanierung der AHV nimmt Platz 9 ein und wird von 77 Prozent als sehr oder eher wichtig empfunden. Werden die Stimmberechtigten hingegen gefragt, welches von all den genannten Zielen die *höchste* Priorität hat, schwingt die Sanierung der AHV klar oben aus. 24 Prozent finden diese am wichtigsten, gefolgt von der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Wirtschaftswachstum (je 14 %).

Grafik 7

Aktuelle politische Ziele in der Schweiz

"Wir haben hier einige aktuelle politische Ziele in der Schweiz ausgewählt. Beurteilen Sie bitte spontan, ob für Sie die Erreichung dieser Ziele sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig ist."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

widersprüchliche Wünsche im Umgang mit EU

Es ist ersichtlich, dass die Wünsche der Schweizer Bevölkerung im Umgang mit der EU zuweilen widersprüchlich ausfallen. Die bilateralen Verträge sollen unbedingt bewahrt werden, die Personenfreizügigkeit als integraler Bestandteil dieser Verträge wird jedoch nur wenig goutiert. Das zeigt die hohe Zustimmung zum Ziel der Kontrolle der Zuwanderung über Kontingente.

Bei der Einschätzung, welche Folgen die Einschränkung der Personenfreizügigkeit auf die Wirtschaft oder Gesellschaft hätte, sind sich die Stimmberechtigten weniger einig. Mit 49 Prozent (negative Auswirkungen) vs. 43 Prozent (positive Auswirkungen) geht eine relative Mehrheit bei einer Einschränkung der Personenfreizügigkeit von schlechteren Aussichten für die Wirtschaft aus. Bei den Auswirkungen für die Gesellschaft liegen die Werte bei 47 Prozent (negative Auswirkung) vs. 48 Prozent (positive Auswirkung). Die vorliegenden Zahlen erstaunen gleich doppelt:

- Bedenkt man, dass die schweizerische Identität in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten, insbesondere auch durch den "Druck von aussen", gefährdet ist, wäre zu erwarten, dass die antizipierten positiven Effekte einer eingeschränkten Zuwanderung auf die Gesellschaft klarer zum Ausdruck kommen würden.
- Bei den Auswirkungen auf die Wirtschaft verhält es sich indes genau umgekehrt. Die Schweiz orientiert sich in ökonomischen Angelegenheiten international. Zwar geht mit 49 Prozent eine relative Mehrheit von negativen

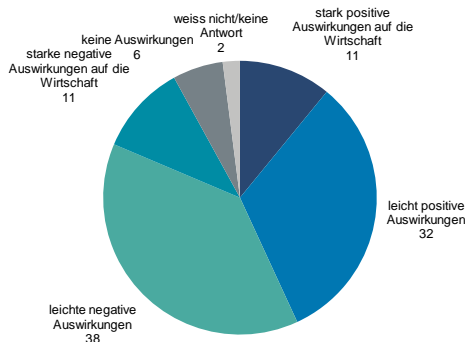
Auswirkungen einer eingeschränkten Personenfreizügigkeit aus, die Differenz ist jedoch äusserst klein.

Die verhältnismässig gleichmässige Aufteilung der Lager ist Indiz dafür, dass das Meinungsbild der Stimmberechtigten in dieser Frage nicht abschliessend gefestigt ist und die Beurteilung unter den heutigen Umständen schwerfällt.

Grafik 8

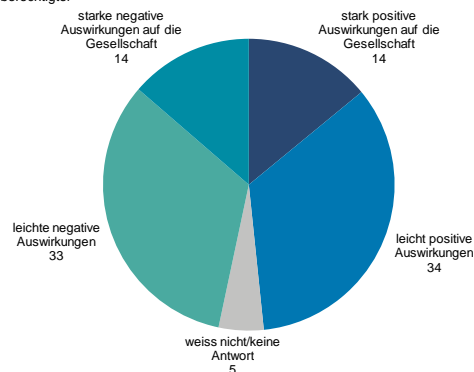
Auswirkungen auf Schweizer Wirtschaft bei Einschränkung Zuwanderung

"In der Schweiz steht die Personenfreizügigkeit politisch unter Druck. Welche Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft würden Sie bei einer Einschränkung der Zuwanderung erwarten?"
in % Stimmberechtigter



Auswirkungen auf Schweizer Gesellschaft bei Einschränkung Zuwanderung

"In der Schweiz steht die Personenfreizügigkeit politisch unter Druck. Welche Auswirkungen auf die Schweizer Gesellschaft würden Sie bei einer Einschränkung der Zuwanderung erwarten?"
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Seitdem die EU 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, sah sie sich mit zahlreichen politischen und ökonomischen Schwierigkeiten konfrontiert.⁶ Insbesondere auch die Ereignisse der letzten zwei Jahre hatten und haben einen direkten Einfluss auf die grundlegenden Werte und Ziele der EU: Das betrifft den anstehenden Austritt Grossbritanniens aus der EU, die Flüchtlingskrise, zunehmende Spannungen mit Russland und den USA oder auch das Erstarken rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien in zahlreichen Mitgliedsstaaten. Dennoch gab es auch positive Nachrichten für die EU: Mit Emanuel Macron wurde in Frankreich ein Präsident gewählt, der sich klar zur EU bekennt, und auch die Konjunktur hat sich seit Mitte 2016 markant erholt. In den Augen der Schweizer Stimmbevölkerung überwiegt aber dennoch der Pessimismus (vgl. Grafik 9 unten): Insgesamt gehen 48 Prozent davon aus, dass die Ereignisse der letzten 12 Monate die EU geschwächt haben. Immerhin 43 Prozent hingegen denken, die Union gehe eher gestärkt aus dem letzten Jahr hervor.

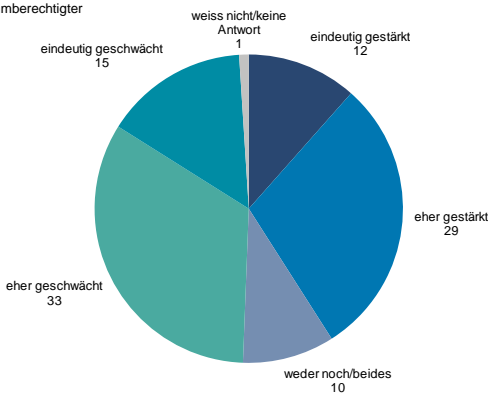
Beziehung Europa - USA

Die transatlantischen Beziehungen gelten seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsident als belastet. Diese Entwicklung bleibt auch für die Schweiz nicht ohne Folgen. Welche Implikationen sie aber für die Schweiz konkret hat, bleibt für die hiesigen Stimmberechtigten unklar: 43 Prozent sehen in der schlechteren Beziehung zwischen den USA und der EU ein Risiko für die Schweiz, 40 Prozent eine Chance. Mit 14 Prozent will oder kann sich ausserdem ein relevanter Anteil der Befragten nicht klar zur Frage äussern.

⁶ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-10/friedensnobelpreis-vergabe>

Beurteilung EU aufgrund Ereignisse der letzten 12 Monate

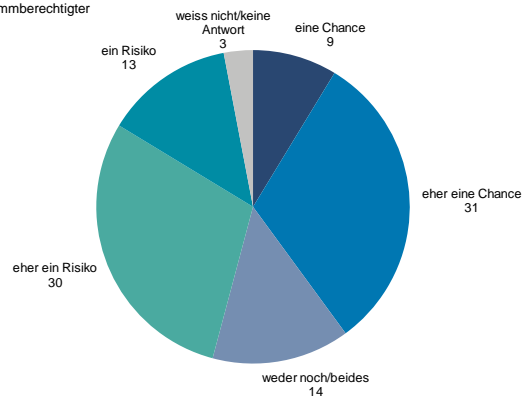
"Denken Sie an die Ereignisse der letzten 12 Monate. Wurde die EU in diesen 12 Monaten Ihrer Ansicht nach eindeutig gestärkt, eher gestärkt, eher geschwächt oder eindeutig geschwächt?"
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Beurteilung Beziehung Europa - USA

"Die Beziehung zwischen Europa und den USA gilt als belastet. Glauben Sie, diese Entwicklung stellt für die Schweiz eine Chance oder ein Risiko dar?"
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

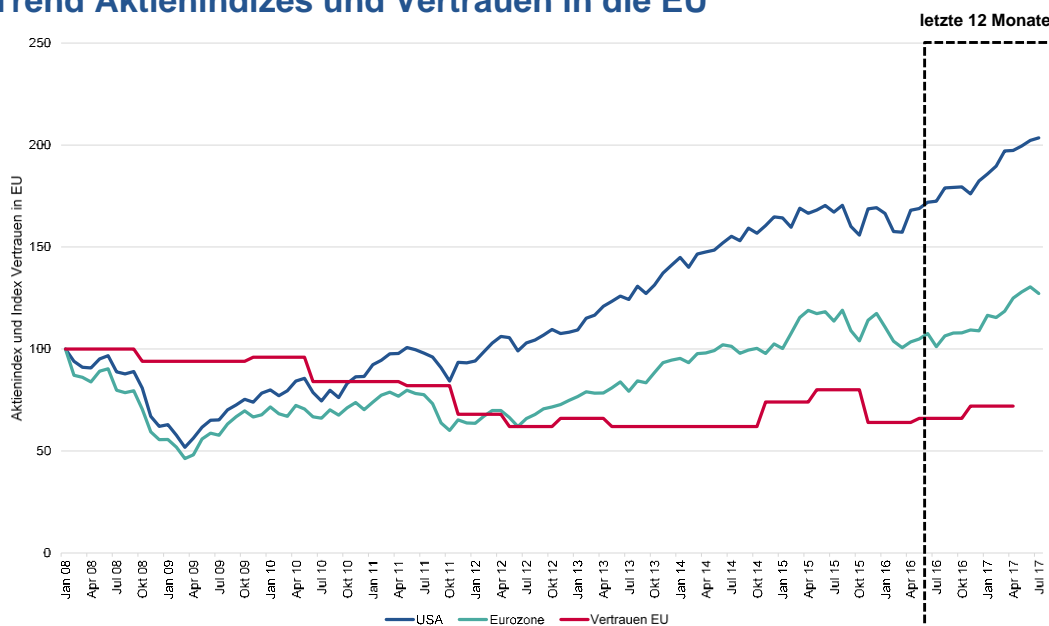
Eurozone erholt sich nicht gleich schnell

Grafik 10 bildet die beiden Aktienindizes MSCI USA und MSCI Eurozone sowie das geäusserte Vertrauen in die EU gemäss dem Eurobarometer 84 der Europäischen Kommission ab. Die beiden MSCI-Indikatoren dienen als indirekte Vertrauensindikatoren in die Wirtschaft der Eurozone und der USA. Das gemessene Vertrauen – wie von der roten Linie aufgezeigt – illustriert hingegen, wie es um das Vertrauen in die EU als politische Institution steht. Als Basis für die Indexierung dient der Januar 2008, wobei das Vertrauen in die EU zu diesem Zeitpunkt 50 % betrug.⁷

Die Finanzkrise 2008 zeichnet sich in den USA wie auch in Europa als entscheidender Einschnitt der letzten zehn Jahre aus. Sowohl der Aktienindex der USA als auch derjenige für die Eurozone erlitten im Zuge der Finanzkrise sehr starke Rückschläge. In den USA setzte die Erholung danach aber wieder relativ schnell und kontinuierlich ein. Im Sommer 2011 befand sich der Markt in den USA wieder auf dem Niveau vom Januar 2008 und stieg danach fast stetig weiter an. Die gleiche Entwicklung ist in Europa so nicht zu beobachten. Nach der Finanzkrise von 2008 folgte in Europa nur kurze Zeit später die Schulden- und Währungskrise (Euro-Krise). Der Aktienindex für die Eurozone fiel in dieser Zeit zwar nicht ganz auf das Niveau von 2008 zurück, sank aber annähernd so tief. Ab Mitte 2012 setzte die Erholung des Marktes dann auch in Europa ein, allerdings auf deutlich tieferem Niveau als in den USA. Das Niveau von 2008 wurde in der Eurozone erst Mitte 2014 wieder erreicht, also mehr als 2 Jahre nach den USA. Die Euro-Krise hatte in Europa auch politisch gesehen weitreichende Folgen. Zahlreichen Ländern wurden schmerzhaft Austeritätsmassnahmen auferlegt. Das Vertrauen in die EU als politische Institution sank in Folge der Finanzkrise 2008 kaum, die Währungskrise hingegen hinterliess sehr klare Spuren. Im Gegensatz zum ökonomischen Vertrauen kann das Niveau des politischen Vertrauens von Anfang 2008 bis heute nicht wieder erreicht werden.

⁷ vgl. Standard Eurobarometer 84. Europäische Kommission (2015). Online im Internet: [http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-543_en.htm]

Trend Aktienindizes und Vertrauen in die EU



Bemerkung: Index Vertrauen EU Januar 2008 Basis (50%)

© gfs.bern, Europa Barometer, Juli 2017, Quelle: MSCI Eurozone/MSCI USA und Standard-Eurobarometer 84 (EU-Kommission)

Bemerkung: Die Datenerhebung für das Sorgenbarometer erfolgte Ende Juni und Anfang Juli 2017. Der durch die schwarzgestrichelte Linie eingerahmte Zeitraum stimmt dementsprechend mit "den letzten 12 Monaten" aus Sicht der Befragten im Sorgenbarometer überein. Eurobarometer-Daten der EU-Kommission für das Vertrauen in die EU bis April 2017 verfügbar.

Vertrauenskrise noch nicht überwunden

Wie in Grafik 9 ersichtlich wird, haben die letzten 12 Monate die EU in den Augen der befragten Schweizerinnen und Schweizer eher geschwächt. Aus Sicht der Märkte ist das hingegen nur bedingt so. Nach einem Rückgang Anfang 2016, stellt sich am Markt in der Eurozone seit April 2016 eher Erholung ein. Im März 2017 erreichte der MSCI Eurozone-Index den höchsten Wert seit 2008. Auch politisch ist, obwohl weiterhin auf tiefem Niveau, in den letzten 12 Monaten eine leichte Zunahme des Vertrauens zu beobachten. Die Vertrauenskrise der Bevölkerung gegenüber der EU ist jedoch nicht überwunden. Aktuell vertrauen nur 37 Prozent der EU-Bürger der Union. Die Reputation der EU ist, wie bei der Schweizer Bevölkerung auch, nur schwierig zu stärken und nur langfristig veränderbar. Was für die Wahrnehmung der Schweiz im Ausland gilt, ist auch für die Entwicklung der EU aus Sicht der Schweiz der Fall: Die Innen- und Aussensicht unterscheidet sich zuweilen.

3 Fazit

Das Bild der Schweiz im Ausland ist von Folklore geprägt. Kühe, Schokolade, Uhren oder Berge sind Dinge, die mit der Schweiz in Verbindung gebracht werden. Fragt man hingegen die Schweizerinnen und Schweizer selbst, für was ihr Land ihrer Ansicht nach steht, so liegt deren Fokus nicht auf den bekannten Klischees, sondern in erster Linie auf politischen und systemischen Institutionen. Dazu zählen etwa das gute Bildungssystem, die grosse Sicherheit oder die Neutralität. Mit Nennungen wie der Industrie oder dem Wohlstandsniveau spielen ökonomische Faktoren ebenfalls eine, wenn auch etwas weniger wichtige, Rolle in der Selbstwahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer als Nation.

Geht es um politische Aspekte, ist der Stolz der Schweiz nach innen gerichtet. Man ist im besonderen Ausmass stolz auf die Bundesverfassung, die Unabhängigkeit und die Neutralität des Landes. In Problemen mit der EU, der internationalen Öffnung oder der Einwanderung sieht man Gefahren für die nationale Identität, und klare Mehrheiten nennen die Kontrolle der Zuwanderung über Kontingente als wichtiges politisches Ziel. Mit der zunehmenden Polarisierung und dem Reformstau werden aber auch im Innern der Schweiz Faktoren wahrgenommen, die eine Gefahr für die Identität bedeuten.

Geht es dagegen um Wirtschaftsfragen, richtet sich der Blick nach aussen. Man ist insbesondere stolz auf die gute Stellung der Schweiz im internationalen Umfeld, freut sich über die zahlreichen internationalen Firmen mit Sitz in der Schweiz, über die starken Schweizer Marken im Ausland oder den internationalen Qualitätsruf. Nicht zu unterschätzen ist aber auch die Bedeutung der KMU in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten. Der Anteil Personen, der diesem Grundelement des schweizerischen Wirtschaftssystems eine besondere Stellung einräumt, nimmt zu.

In der Beziehung zu Europa pflegen die Stimmberechtigten einen pragmatischen Ansatz und wünschen das so auch von der Politik. Man nähert sich der EU nicht stärker als nötig an. Die eigene Unabhängigkeit und Freiheit ist den Schweizerinnen und Schweizern nach wie vor sehr wichtig. Ausserdem fehlt der Schweizer Bevölkerung heute eine europäische Identität. Hinter die bilateralen Beziehungen stellt man sich Jahr für Jahr mit klarer Mehrheit – und im Jahr 2016, als diese während der Diskussion um die Umsetzung der Massenewanderungsinitiative besonders unter Druck standen, umso mehr. Der Personenfreizügigkeit steht man aber eindeutig misstrauisch gegenüber, was in gewisser Masse widersprüchlich ist.

Für die Stimmberechtigten ist es vergleichsweise schwierig, die Auswirkungen politischer Entscheide und Ereignisse einzuschätzen. Das zeigt sich sowohl bei der Einschätzung einer Einschränkung der Personenfreizügigkeit auf die Schweiz als auch bei der Einschätzung der Auswirkung von politischen Geschehnissen der letzten 12 Monate auf die EU. In der Tendenz sind die Meinungen nur wenig gerichtet und im Falle der EU differiert die Fremd- und Eigeneinschätzung erneut: Während verschiedene Indizes für die EU in den letzten 12 Monaten eher eine positive Entwicklung aufzeichnen, geht die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung davon aus, dass das letzte Jahr der EU eher geschadet hat.

Für die Stimmberechtigten ist die Schweiz insgesamt sowohl KMU-Territorium als auch internationale Drehscheibe. Das liegt auch daran, dass KMU in der Schweiz sehr häufig international ausgerichtet sind und über den Heimmarkt heraus erfolgreich operieren. Man will sich also abgrenzen, aber nicht ausgegrenzt werden. Gerade das macht die Definition und das Finden des Verhältnisses zum Ausland so schwierig.

These

Eine emotionale Bindung an Europa ist in der Schweiz nur bei kleinen Minderheiten vorhanden. Dafür, dass sich das ändert, sind die eigenen Institutionen, KMU und die Unabhängigkeit und Neutralität zu stark in der Volksseele verankert. Der Zugang zur EU ist dementsprechend pragmatisch-ökonomischer Natur. Obwohl die Personenfreizügigkeit wenig beliebt ist, stellen sich die Stimmberechtigten klar hinter die bilateralen Verträge, besonders wenn diese unter Druck kommen. Dieses Spannungsverhältnis gilt es auch im weiteren Umgang mit der EU in Erinnerung zu behalten.

4 Anhang

4.1 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management

Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen/Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, Gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf dem Internet

CLOÉ JANS

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsforschung, Kampagnen, Analyse politischer Themen und Issues, Medieninhaltsanalysen, Lehre

PETRA HUTH

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin und Ökonomin

Schwerpunkte:

Politische Ökonomie, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Themen- und Issue-Monitoring, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung, Qualitative Methoden, Politische Bildung, Fact Scouting und Kontext- und Benchmarkanalysen

STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung

NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax +41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**
Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.